



NFP61

IWAGO

Musterablauf IWM am Beispiel MultiRuz

1.	Einleitung	2
2.	Situationsanalyse / Einzugsgebiete festlegen	5
3.	Auslösung	10
4.	Vision	12
5.	Voraussetzungen	14
6.	Quellen	16
7.	Glossar	16

1. Einleitung

1.1 Ziel des Dokuments

Im Sinne eines Praxisprodukts sollen existierende «Best Practices» aus dem Einzugsgebietmanagement den Akteuren der Wasserwirtschaft als Inspirationsquelle zugänglich gemacht werden. Dazu bietet sich eine Dokumentation des jeweiligen Vorgehens resp. des Ablaufs anhand des Musterablaufs der Praxisanleitung des BAFU [1] an. Damit sollen die für die erfolgreiche Umsetzung eines Einzugsgebietsmanagements wichtigen Aspekte betreffend Vorgehen und Voraussetzungen strukturiert dargestellt werden. Gleichzeitig wird eine Verbindung der Erkenntnisse aus IWAGO und des BAFU geschaffen (Abbildung 1) und kann als Anwendungsbeispiel des Musterablaufs genutzt werden. MultiRuz [2] dient als Fallbeispiel für ein Projekt mit Fokus auf das Infrastrukturmanagement.

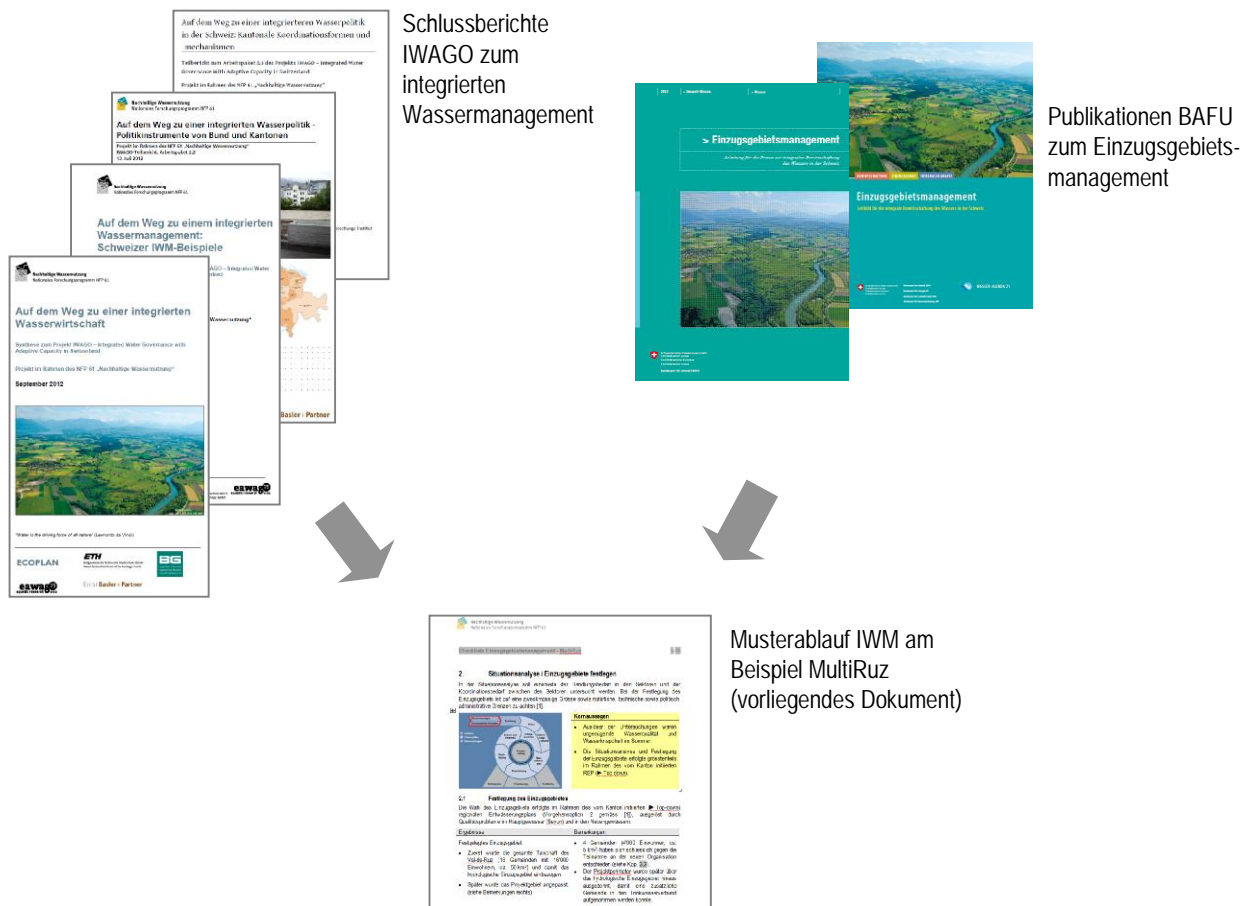


Abbildung 1: Einbettung des Praxisprodukts

1.2 Struktur der folgenden Kapitel

In den folgenden Kapiteln werden die einzelnen für das MultiRuz ausgeführten Arbeitsschritte und ihre Ergebnisse erläutert (Abbildung 2). Sie sind nach dem Musterablauf der Praxisanleitung des BAFU [1] strukturiert. Diese listet chronologisch die zu erarbeitenden Schritte auf.

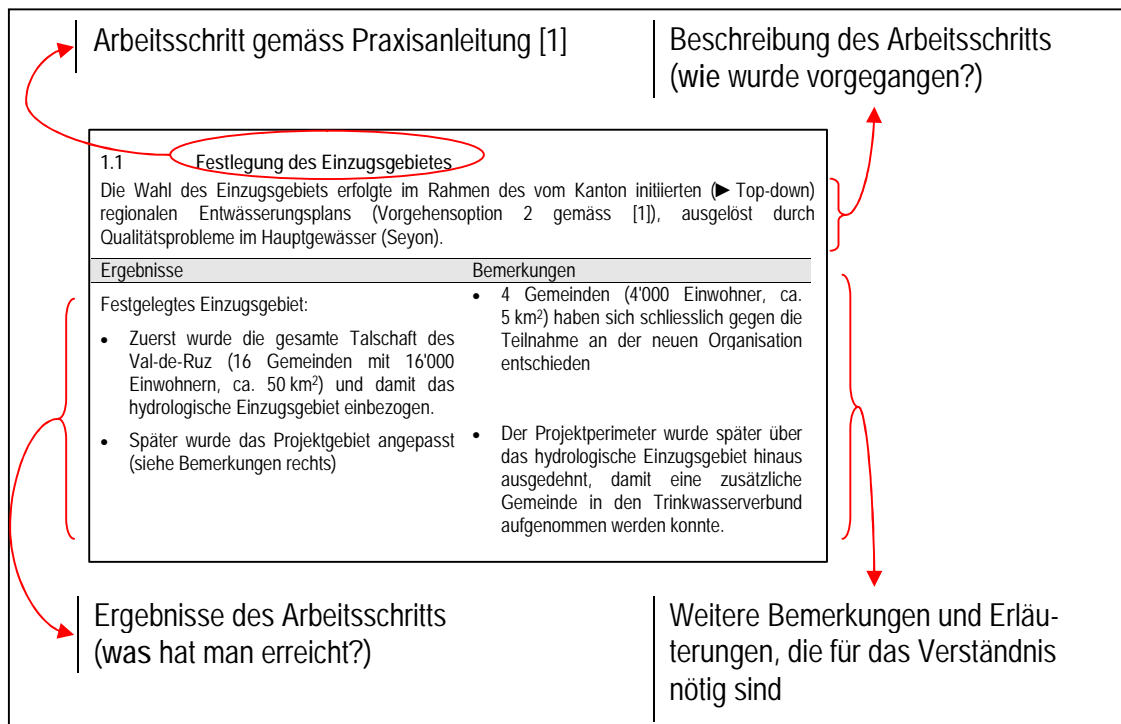


Abbildung 2: Kapitelstruktur

1.3 Kurzportrait MultiRuz [2]

Schlechte Wasserqualität und Niederwasserprobleme im Val-de-Ruz, einer Talschaft zwischen Neuenburg und La-Chaux-de-Fonds, bewogen den Kanton Neuenburg, im Herbst 2005 einen regionalen Entwässerungsplan (REP) zu lancieren.

Es wurde festgestellt, dass die Problemursachen ausserordentlich vielschichtig waren, u.a. unzulängliche Infrastruktur, temporäre Übernutzung der Grundwasservorkommen, intensive Landwirtschaft, naturferne Gewässermorphologie und Verteilung der Verantwortlichkeiten im Wassermanagement auf 22 Entscheidungsgremien (16 Gemeinden und 6 interkommunale Zweckverbände). Es wurde erkannt, dass die Probleme nur gesamthaft mit Einbezug aller Faktoren und Akteure gelöst werden können und dass die Verantwortung für den gesamten Wasserkreislauf einem einzigen Ansprechpartner, in diesem Fall einer öffentlich-rechtlichen regionalen Trägerschaft übergeben werden muss. Die Initiative ging von den Gemeinden aus.

Eine erste Volksabstimmung Ende 2009 verhalf dem Projekt fast zum Durchbruch. Nach einzelnen Anpassungen wurde die neue Organisation in einer zweiten Abstimmungsrunde angenommen. Am 1. Januar 2011 wurden die Aufgaben und der Besitz der Infrastrukturen der Wasserwirtschaft (Trinkwasser, Abwasser, landwirtschaftliche Drainagen, Gewässerunterhalt) offiziell an die neue Trägerschaft, dem regionalen Gemeindeverband MultiRuz übergeben.

Die Organisation und Zusammensetzung des MultiRuz ist eine Schweizer Premiere: Es gibt zurzeit kein anderes Beispiel eines Wassermanagements, das sämtliche öffentlichen und privaten Akteure des Einzugsgebietes inklusive der Landwirtschaft so umfassend zu integrieren vermag.

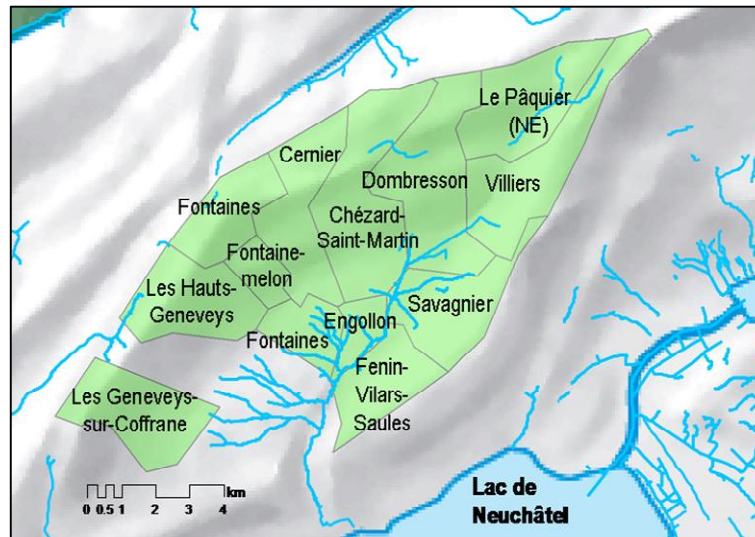


Abbildung 3: Übersicht der Gemeinden des Verbands MultiRuz im Val de Ruz

1.4 Für andere Projekte interessante Elemente des Projekts MultiRuz [2]

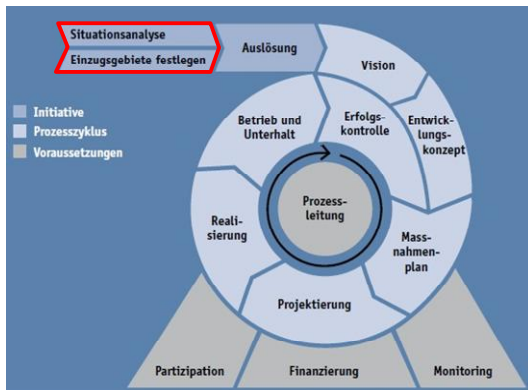
Das Ziel des MultiRuz ist ein Wasser- und Infrastrukturmanagement mit grösstmöglicher Effizienz. Es wird angenommen, dass die folgenden Aspekte für andere Projekte ähnlicher Zielsetzung interessant sein können, z.B. als Inspirationsquelle, als Beispiele, etc.:

- Regionalisierung: Übergabe aller Gemeindeaufgaben im Wasserbereich an einen Gemeindeverband, inkl. Besitz der kommunalen und privaten Infrastrukturen
- Detaillierte Erhebung der bisherigen und zukünftigen Kosten, und Berechnung des finanziellen Nutzens (Kap. 2.2)
- Detaillierte Erhebung des bisherigen Grads der Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden (Wer macht was? Wer müsste was machen?) und Aufzeigen der Lücken (Kap. 2.4)
- Detaillierte Informationen auf allen Ebenen zur Vorbereitung der Abstimmungen (Kap. 5.2)
- Von den Gemeinden getragene Initiative, mit minimaler Unterstützung durch den Kanton und den Bund (Kap. 3.3)

Um diese Aspekte anderen potenziellen Anwendern zugänglich zu machen, wird im Folgenden das im MultiRuz gewählte Vorgehen beschrieben und erläutert.

2. Situationsanalyse / Einzugsgebiete festlegen

In der Situationsanalyse soll einerseits der Handlungsbedarf in den Sektoren und der Koordinationsbedarf zwischen den Sektoren untersucht werden. Bei der Festlegung des Einzugsgebiets ist auf eine zweckmässige Grösse sowie natürliche, technische sowie politisch-administrative Grenzen zu achten [1].



Kernaussagen

- Auslöser der Untersuchungen waren ungenügende Wasserqualität und Wasserknappheit im Sommer.
- Die Situationsanalyse und Festlegung der Einzugsgebiete erfolgte grösstenteils im Rahmen des vom Kanton initiierten REP (► Top-down).

2.1 Festlegung des Einzugsgebietes

Die Wahl des Einzugsgebiets erfolgte im Rahmen des vom Kanton initiierten (► Top-down) regionalen Entwässerungsplans (Vorgehensoption 2 gemäss [1]), ausgelöst durch Qualitätsprobleme im Hauptgewässer (Seyon) und in den Nebengewässern.

Ergebnisse	Bemerkungen
Festgelegtes Einzugsgebiet: <ul style="list-style-type: none"> • Zuerst wurde die gesamte Talschaft des Val-de-Ruz (16 Gemeinden mit 16'000 Einwohnern, ca. 50 km²) und damit das hydrologische Einzugsgebiet einbezogen. • Später wurde das Projektgebiet angepasst. (siehe Bemerkungen rechts) 	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Gemeinden (4'000 Einwohner, ca. 5 km²) haben sich schliesslich gegen die Teilnahme an der neuen Organisation entschieden (siehe Kap. 3.3). • Der Projektperimeter wurde später über das hydrologische Einzugsgebiet hinaus ausgedehnt, damit eine zusätzliche Gemeinde in den Trinkwasserverbund aufgenommen werden konnte.



2.2 Zusammentragen von Grundlagen

Die allgemeinen Grundlagen zum Einzugsgebiet wurden bereits im REP (siehe Kap. 1.3) weitgehend zusammengetragen. Daher waren als zusätzlich zu erarbeitende Grundlagen vor allem Angaben zur neuen Organisation sowie zu finanziellen Aspekten nötig.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none">• Es wurde eine Methodik für die Übergabe der Infrastrukturen an die neue Organisation erarbeitet.• Der Betrieb und das Personal der neuen Organisation wurden beschrieben.• Die Kosten der neuen Organisation sowie der Gebührenentwicklung wurden geschätzt.• Ein Konzept für das Datenmanagement wurde entwickelt.• Die rechtlichen und reglementarischen Randbedingungen wurden aufgezeigt.• Die Werkleitungsdaten waren nicht nachgeführt und verstreut.• Kommunale GEP waren bereits vorhanden, bezüglich interkommunaler Infrastruktur waren aber nur sehr dürftige Grundlagen vorhanden.• Teilweise konnten zusätzliche Daten beim Kanton bezogen werden (z.B. Kataster mit den Drainagen).	

2.3 Definition der relevanten Sektoren

Die vier untenstehenden Sektoren wurden berücksichtigt, weil sie eng miteinander verknüpft sind bezüglich Risiken für die Wasserqualität und bezüglich der Qualität der Dienstleistungen. Es besteht eine hohe Abhängigkeit zwischen dem Oberflächen- und dem Grundwasser.

Ergebnisse	Bemerkungen
<p>Alle relevanten Sektoren wurden berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Wasserversorgung• Abwasserentsorgung• landwirtschaftliche Entwässerung• Gewässerunterhalt für kommunale Gewässer	<ul style="list-style-type: none">• Der Wasserbau wurde nicht berücksichtigt, weil er in die Zuständigkeit des Kantons fällt. Die Koordination zwischen Kanton und Multiruz wird jedoch wahrgenommen.



2.4 Identifikation des Handlungsbedarfs

Die Identifikation des Handlungsbedarfs erfolgte problemorientiert aufgrund der vor allem im Sommer auftretenden ungenügenden Wasserqualität und -knappheit. Der Handlungsbedarf konnte einerseits durch die Erfahrung der regionalen Politiker aufgezeigt werden und wurde andererseits pragmatisch gutachterlich mit technischen Untersuchungen im Rahmen des REP eruiert.

Ergebnisse	Bemerkungen
<p>Handlungsbedarf bestand insbesondere in folgenden Punkten:</p> <ul style="list-style-type: none">• Begrenzte Trinkwasserressourcen: regionale Optimierung nötig• Ungenügender Unterhalt, zum Teil hoher Sanierungsbedarf der Anlagen• kein Pikettdienst für Notfälle• Keine systematischen Kontrollen der Liegenschaftsanschlüsse• Eine grosse Anzahl nicht professioneller Beteiligter, die unmöglich sämtliche anfallenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten beherrschen können (z.B. die Eigenkontrolle der Trinkwasserversorgung ist mangelhaft)• Mangelnde Kontinuität in der Wasserwirtschaft auf lange Sicht, aufgrund immer häufigerer Wechsel der zuständigen Politiker• Mangel an Personal, Zeit und Finanzmitteln• Stetiger Anstieg der gesetzlichen und umweltschutzspezifischen Anforderungen	<ul style="list-style-type: none">• Es war sehr wichtig, von Anfang an alle öffentlichen und privaten Anlagen mit einzubeziehen, da Privatanlagen ein hohes Risiko für die Abwasserentsorgung und Wasserversorgung darstellen.• Zielkonflikte bestehen vor allem zwischen der Trinkwasserversorgung und dem Niederwasserabfluss im Gewässer, sowie zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und Gewässer (Raum, Pestizide, ...).



2.5 Identifikation und Evaluation des Koordinationsbedarfs

Die Bestimmung des Koordinationsbedarfs zwischen den Sektoren orientierte sich am Ziel des gemeinsamen Infrastrukturmanagements. Insofern wurde keine räumlich detaillierte Evaluation des Koordinationsbedarfs vorgenommen, sondern grundsätzliche Aspekte basierend auf Experteneinschätzung aufgelistet.

Ergebnisse	Bemerkungen
<p>Koordinationsbedarf gemäss den Kriterien [1]:</p> <ul style="list-style-type: none">• Abhängigkeiten<ul style="list-style-type: none">• Es gibt Abgrenzungsprobleme zwischen Verbands- und Gemeindevorhaben.• Die Infrastrukturen gehören verschiedenen Besitzern (manchmal unbekannt), was zu erhöhtem Koordinationsaufwand zwischen Privaten, Gemeinden, Verbänden und dem Kanton führt.• Die Qualität und Quantität der Oberflächengewässer ist abhängig von der Qualität und Quantität der Abwassereinleitungen und Drainagen.• Wechselwirkungen<ul style="list-style-type: none">• Es erfolgt keine Abstimmung der kommunalen GEP zwischen ober- und unterliegenden Gemeinden.• Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen Siedlungsentwässerung und Qualität der Oberflächengewässer• Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Oberflächengewässern und dem Grundwasser (Qualität und Quantität) – und damit je nach Grundwasserstand auch mit dem Trinkwasser.• Synergien<ul style="list-style-type: none">• Mit dem Erreichen einer kritischen Grösse kann eine professionelle Organisation geschaffen werden, die sämtliche notwendigen Leistungen erbringt.• Konflikte<ul style="list-style-type: none">• Die Aufhebung der Kläranlagen und deren Anschluss an die ARA Neuenburg hat die Niedrigwasserproblematik im Sommer zusätzlich verschärft.• Die Kosten und Tarifstrukturen für die «gleiche» Leistung sind unterschiedlich in den einzelnen Gemeinden.	<ul style="list-style-type: none">• Die Verantwortlichkeiten im Wassermanagement sind auf 22 Entscheidungsgremien (16 Gemeinden und 6 interkommunale Zweckverbände) verteilt mit entsprechend grosser Anzahl Schnittstellen.



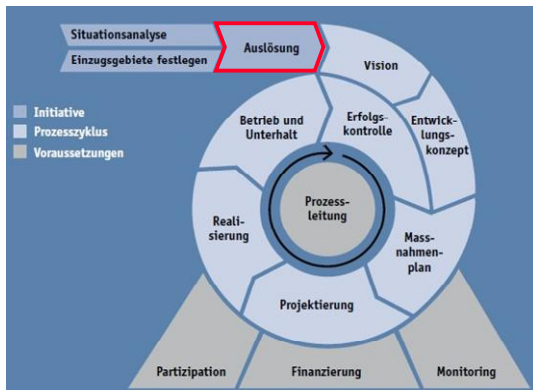
2.6 Beurteilung der Notwendigkeit und des Nutzens des Einzugsgebietsmanagements

Die Beurteilung des Nutzens erfolgte mit Fokus auf das integrale Infrastrukturmanagement, wobei die Professionalisierung und Kosten der Dienstleistungen sowie der langfristige Werterhalt der Infrastruktur im Vordergrund standen.

Ergebnisse	Bemerkungen
<p>Eine Beurteilung des Nutzens des eigentlichen IEM ist auf dieser Stufe nur qualitativ möglich. Der Handlungsbedarf kann aufgezeigt werden. Der nachfolgend aufgelistete Nutzen bezieht sich auf die Organisation MultiRuz.</p> <ul style="list-style-type: none">• Verringerung der Risiken von Trinkwassermangel, von ungenügender Trinkwasserqualität, von Umweltverschmutzung und von Überschwemmungen• Langfristige Beherrschung und Reduktion der Kosten, d.h.<ul style="list-style-type: none">• Verhindern, dass die Infrastrukturen unwiderruflich zugrunde gehen• Investition in Projekte mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis• stabilere Wassergebühren• Schutz der Wasservorkommen und sparsamer Umgang, damit diese auch zukünftigen Generationen noch dienen können• Professionalisierung der Dienstleistungen: bessere Aufgabenerfüllung, besserer Service (24/7), grössere Effizienz (wenige Vollzeitstellen statt viele Kleinstpensen in den einzelnen Gemeinden)• Der wichtigste, dominante Nutzen war die langfristige Kostenreduktion, die hauptsächlich durch Synergie- und Skaleneffekte erreicht wurde, sowie die Professionalisierung.	<ul style="list-style-type: none">• Die Notwendigkeit ist durch die hydrologischen und hydrogeologischen Zusammenhänge und Abhängigkeiten gegeben (siehe Kap. 2.3).

3. Auslösung

Bei der Auslösung rücken einerseits die lokalen Hoheitsträger und Akteure stärker ins Zentrum, da das Einzugsgebietsmanagement zwingend eine politische Abstützung erfordert. Andererseits sind die Voraussetzungen für den zyklischen Bewirtschaftungsprozess zu schaffen, namentlich Prozessleitung, Finanzierung, Partizipation und Monitoring [1].



Kernaussagen

- Die Initiative für die integrale Betrachtung kam von lokalen Akteuren (► Bottom-up).
- Es gab treibende Kräfte (engagierte Einzelpersonen) unter den lokalen Akteuren.
- Der frühe Einbezug aller Akteure und die gemeinsame Formulierung einer Vision, von Zielen und Lösungsansätzen in Form eines Startseminars waren zentral.

3.1 Identifikation der wasserwirtschaftlichen Akteure

Die zuständigen Körperschaften für die einzelnen Sektoren wurden als die relevanten Akteure bezeichnet.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none">• Gewässer: 16 Gemeinden, Kanton (Wasserbau)• Trinkwasser: 16 Gemeinden, 3 interkommunale Zweckverbände• Abwasser: 16 Gemeinden, 4 interkommunale Zweckverbände• Landwirtschaftliche Drainagen: 13 Gemeinden → Total 22 zuständige Körperschaften	

3.2 Schaffen der Voraussetzungen für den zyklischen Bewirtschaftungsprozess

Der Aufbau der Organisation MultiRuz ist die eigentliche Voraussetzung für den anschliessenden zyklischen Bewirtschaftungsprozess des Einzugsgebietsmanagements. Details sind im Kap. 5 aufgeführt.



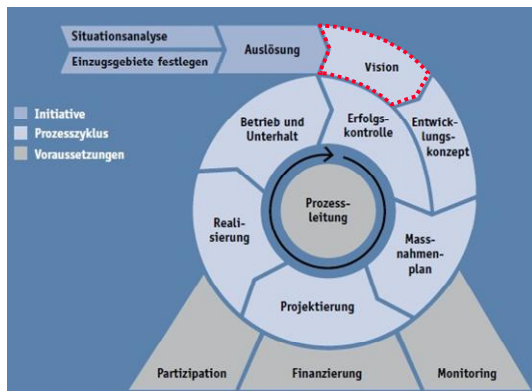
3.3 Formeller Entscheid

Der Grundsatzentscheid durch die Exekutiven der Gemeinden erfolgte am Ende der Phase Auslösung (Vorgehensoption 2 gemäss [1]), nachdem bereits Studien zur Ausgestaltung der neuen Organisation und erste Kosten-Nutzen Überlegungen vorlagen. Mit den vorgängigen Untersuchungen konnte insbesondere auch ein erstes Argumentarium für die vorgeschlagene Lösung erarbeitet werden.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none">• Grundsatzentscheid des ehemaligen Trink- und Abwasserverbands (SEVRE) zur Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, sich Gedanken über eine zukünftige Organisation zu machen• Durchführung eines Startseminars mit sämtlichen Akteuren (siehe Kap. 4.3)<ul style="list-style-type: none">▶ Auslösung weiterer Untersuchungen (Phase 1)• Einstimmiger Entscheid der Exekutiven der 16 Gemeinden, das Vorhaben weiterzuführen<ul style="list-style-type: none">▶ Auslösung weiterer Untersuchungen (Phase 2)• Entscheid der Legislativen von 12 der 16 Gemeinden, MultiRuz umzusetzen	<ul style="list-style-type: none">• Das Fazit des REP zeigte eindeutig, dass nur eine Gesamtbetrachtung der Wasserwirtschaft zur Lösung der beobachteten Probleme beitragen würde, weil die Ursachen aus verschiedenen Sektoren stammen.• Die Antwort des SEVRE auf das Resultat des REP war, dass eine neue Organisation nötig ist, die das ganze Einzugsgebiet und alle Sektoren umfasst.• Die einzelnen Fachstellen des Kantons haben das Projekt unterstützt.• Es gab während des ganzen Projekts treibende Kräfte unter den lokalen Akteuren.

4. Vision

Unter der Vision ist eine Zusammenstellung der gesellschaftspolitischen und fachlich langfristigen (50-80 Jahre) Zielvorstellungen an die Wasserwirtschaft im konkreten Einzugsgebiet zu verstehen [1]. Die hier als Vision aufgeführten Zielvorstellungen beschreiben nicht die langfristigen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen an die Wasserwirtschaft, sondern ausschliesslich die Zielvorstellungen an die Organisation der Wasserwirtschaft. Es wird die Aufgabe der neuen Trägerschaft sein, die langfristigen fachlichen Zielvorstellungen zu formulieren.



Kernaussage

- Absolut zentral waren der frühe Einbezug aller Akteure und die gemeinsame Formulierung einer Vision, von Zielen und Lösungsansätzen in Form eines zweitägigen Startseminars.

4.1 Abstecken der Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen bezogen sich vor allem auf die Ausgestaltung der neuen Organisation.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsform der neuen Organisation: öffentlich-rechtlicher Gemeindeverband 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemäss kantonaler Gesetzgebung ist für Trinkwasser keine private Organisationsform wie z.B. eine Aktiengesellschaft möglich

4.2 Sektorale Zielvorstellungen

Die integralen Zielvorstellungen wurden gemeinsam im Startseminar festgelegt.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none"> • (siehe Kap. 4.3). 	<ul style="list-style-type: none"> • Spezifische sektorale Ziele wurden zu diesem Zeitpunkt noch nicht definiert (Ausgangspunkt: State-of-the-art).



4.3 Formulierung der Vision

In einem professionell geführten zweitägigen Startseminar mit allen Vertretern der Gemeinden und Verbände wurden

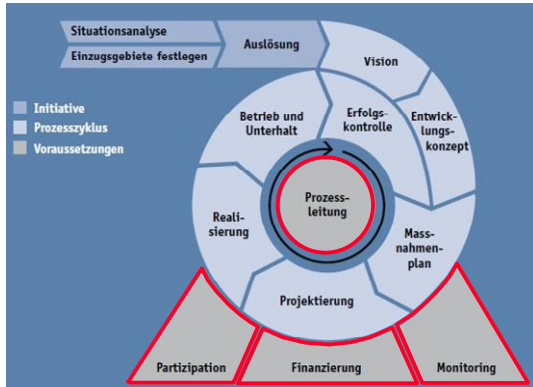
- der Handlungsbedarf aufgezeigt,
- die Zielsetzungen festgelegt,
- die Vision formuliert und
- Lösungsansätze skizziert.

Ergebnisse	Bemerkungen
------------	-------------

Die erarbeitete Vision lautet:

- Die Wasserwirtschaft im Val-de-Ruz wird einer einzigen, öffentlichen, Trägerschaft anvertraut, welche alle Gemeinden umfasst.
- Sie ist Eigentümerin der Netze für Trink- und Abwasser, sowie Entwässerung.
- Sie verfügt über ein Fachteam, welches sämtliche Aufgaben im Bereich Wasserwirtschaft ausführt.
- Sie erhebt die Gebühren für Trink- und Abwasser, sowie landwirtschaftliche Drainagen.
- Sie investiert diese gemäss einer Langzeitplanung, welche für die gesamte Region erstellt wurde und gemäss Prioritäten nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis.

5. Voraussetzungen



Kernaussagen

- Die Bewertung der vorhandenen Infrastruktur (Restbuchwert) war für alle Gemeinden nach einheitlichen Kriterien durch den Kanton vorgegeben, was enorm hilfreich war.
- Die Kosteneinsparungen bei einer Regionalisierung durch Synergien sowie Skaleneffekte konnten transparent aufgezeigt werden.

5.1 Prozessleitung

Der Prozess wurde gestartet mit einer Arbeitsgruppe bestehend aus dem Geschäftsführer des SEVRE und 5 Gemeindevertretern aus den Exekutiven, die sich regelmässig getroffen hat. Operativ geführt und technisch begleitet wurde diese Arbeitsgruppe durch ein kleines Team aus einer erfahrenen Ingenieurberatungsfirma.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none"> • Die Verantwortung für das Einzugsgebietsmanagement wurde einem Gemeindeverband (MultiRuz) mit eigener Finanzierungs-kompetenz übertragen. • Der Gemeindeverband ist Eigentümer der kommunalen und privaten Infrastrukturen im Bereich der Wasserwirtschaft. 	<ul style="list-style-type: none"> • Für weitere Informationen wird auf [1] oder www.multiruz.ch verwiesen.

5.2 Partizipation

Es wurde ein schrittweises Vorgehen in konzentrischen Kreisen gewählt: ausgehend von einer kleinen Arbeitsgruppe wurde die Partizipation schliesslich auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt. Partikulärinteressen wurden ebenfalls beachtet (z.B. diejenigen der lokalen Ingenieure und Installationsfirmen oder der Landwirte). Die Fischer wurden nicht als eigene Gruppe berücksichtigt. Deren Interessen wurden durch einzelne Einwohner des Einzugsgebiets Rechnung getragen.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation: <ul style="list-style-type: none"> • Sämtliche relevanten Akteure wurden durch das Startseminar an der aktiven Mitgestaltung beteiligt. • Information: <ul style="list-style-type: none"> • Die Exekutiven aller Gemeinden wurden zu regelmässigen Informationssitzungen eingeladen. • In jeder Gemeinde wurden der Legislative und der Bevölkerung – im Hinblick auf die 	



bevorstehenden Abstimmungen zur Umsetzung – die Resultate des Projekts MultiRuz vorgestellt. Zusätzlich wurde an alle Haushalte vorgängig ein Faktenblatt [4] verteilt.

- Schliesslich gab es weitere Informationssitzungen für lokale Sanitärfirmen, Ingenieurbüros und Landwirte ganz am Schluss des Prozesses.

5.3 Finanzierung

Die Finanzierung des Projekts wurde durch den SEVRE ausgelöst, danach aber durch den Bund und den Kanton substantiell unterstützt und damit sichergestellt.

Ergebnisse	Bemerkungen
<ul style="list-style-type: none">• Die Finanzierung des Startseminars erfolgte durch den SEVRE.• Die Finanzierung der Phasen 1 und 2 (Kap. 3.3) erfolgte durch den Bund (Pilotprojekt), den Kanton (Projekt zur Verminderung der Gewässerbelastung) und den SEVRE.• Die Übernahme der kommunalen und privaten Infrastruktur durch den Verband erfolgte anhand des Restbuchwerts.• Die Finanzierung der Verbandsaufgaben wird durch Gebühren sichergestellt. Somit können auch die Aufwendungen für den anstehenden zyklischen Bewirtschaftungsprozess darüber finanziert werden.	<ul style="list-style-type: none">• Der Beitrag des Bundes wurde allseitig begrüsst.• Entscheidend geholfen hat die Tatsache, dass vom Kanton eine einheitliche Abschreibung der technischen Infrastruktur für alle Gemeinden vorgegeben ist. Somit konnte bei der Bestimmung des Übernahmewertes der Infrastruktur auf allgemeingültige (objektive) Kriterien abgestützt werden.• Das kantonale Recht ("Loi sur le fonds cantonal des eaux") ermöglicht Kantonsbeiträge an Projekte dieser Art.• Weitere Informationen zum Gebührenmodell, zu den Kosten mit und ohne Regionalisierung sowie der Eigentumsübertragung der Infrastruktur sind in [3] zu finden.• Für weitere Informationen wird auf [1] oder www.multiruz.ch verwiesen.

5.4 Monitoring

Das Monitoring erfasste in diesem ersten Schritt hauptsächlich die Kosten, welche mit der Rechnungslegung des MultiRuz überwacht werden. Ein erster Skaleneffekt hat sich bereits bei den Kapitalkosten manifestiert, indem der Verband günstigere Kreditkonditionen erhielt als die einzelnen Gemeinden.

Das technische Monitoringkonzept wird erst in einem zweiten Schritt mit den fachlichen Planungen (GEP und GWP) definiert werden.



6. Quellen

- [1] BAFU 2012 (Hrsg.): Einzugsgebietsmanagement. Anleitung für die Praxis zur integralen Bewirtschaftung des Wassers in der Schweiz
- [2] BG, ECOPLAN, ETH, EAWAG 2011: Auf dem Weg zu einem integrierten Wassermanagement: Schweizer IWM-Beispiele. Projekt im Rahmen des NFP 61 "Nachhaltige Wassernutzung"
- [3] BG Ingénieurs Conseils: Régionalisation de la gestion des eaux dans le Val-de-Ruz 2009: Rapport de synthèse final à l'attention de l'exécutif et du législatif pour chaque commune
- [4] BG Ingénieurs Conseils: Brochure d'information à la population

7. Glossar

GEP	Genereller Entwässerungsplan
GWP	Genereller Wasserversorgungsplan
IWM	Integriertes Wassermanagement
REP	Regionaler Entwässerungsplan
SEVRE	Syndicat intercommunal des Eaux du Val-de-Ruz Est: Verband für die Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung von 10 Gemeinden (Vorgänger des MultiRuz für einen Teil der Leistungen und ein Teilgebiet des Val-de-Ruz)

Version	-	a	b
Dokument	7215.01-Rn017/Mnsr	7215.01-Rn017a/Mnsr	
Datum	3. Dezember 2012	13. Dezember 2012	
Bearbeitung	Reto Manser	Reto Manser	
Mitarbeit	Olivier Chaix Jürg Schweizer Heiko Wehse	Olivier Chaix Jürg Schweizer Heiko Wehse	
Verteiler	Projektteam IWAGO	Projektteam IWAGO	

© BG